

DIE LINKE diskutiert mit Muslimen in Wabern

Die Bundestagsabgeordnete Christine Buchholz war von der muslimischen Gemeinde Ahmadiyya-Muslim-Jamaat e.V. in die Moschee eingeladen worden. „Die Moschee in Wabern ist ein architektonisches Juwel, so die Abgeordnete.

Im Anschluss daran wurde auf sehr hohem politischem Niveau über die Vorbehalte der Gesellschaft gegenüber dem Islam diskutiert. So wird islamischen Frauen der Zugang ins Berufsleben durch das Kopftuch-Verbot besonders erschwert. Selbst auf der Universität werden Frauen deshalb diskriminiert.

Die Mitglieder der muslimischen Gemeinde machten deutlich, dass für sie das Kopftuch keine Abgrenzung von dieser Gesellschaft ist. Vielmehr ist es lediglich die Zurschaustellung der Religiosität. „Du musst das Land lieben, in dem du lebst“, ist für die Gemeinde eines der wichtigsten Gebote des Propheten. Die muslimische Gemeinde bietet von sich aus Deutsch-Kurse an, um die Integration von Muslimen zu erleichtern. Außerdem bemüht sich die Gemeinde, Muslime durch Fördermaßnahmen höher zu qualifizieren. Abitur und Hochschulabschlüsse werden angestrebt.

Christine Buchholz machte deutlich, dass durch Wirtschaftskrisen Vorurteile gegenüber Muslimen verschärft werden. „Migranten werden als Konkurrenz im Berufsleben wahr



genommen“, so die Bundestagsabgeordnete. Die Medien stellten meistens nur Klischees des Islam dar, eine Auseinandersetzung mit der Vielfalt der islamischen Religionsrichtungen sei so unmöglich und vertieften noch die Missverständnisse und Vorurteile.

„Das Ende des Ost – West – Konfliktes hat außerdem dazu geführt, dass ein Feindbild abhanden gekommen ist“, so die Abgeordnete.

Die Kriege in Afghanistan, Irak oder Libyen werden unter anderem mit dem „islamischen Terror“ begründet. Der Westen handelt hier aus wirtschaftlichen Interessen. In Libyen werde eine Freiheitsbewegung unterstützt, um angeblich Zivilisten zu schützen. Dagegen war die NATO am Schutz der Menschen in Ruanda nicht interessiert.

Die Muslime der Ahmadiyya Gemeinde lehnen die Kriege ab, weil der Islam für Frieden steht und mit ihrem Glauben unvereinbar ist. In der Diskussion wurde deutlich, dass mit wirtschaftlichen Sanktionen und einem Waffenembargo gesellschaftliche Veränderungen in Libyen möglich sind. Christine Buchholz teilte mit, dass die Bundesrepublik 2009 für über 50 Millionen Euro Waffen an Libyen verkauft habe.

Die muslimischen Gemeinde Ahmadiyya-Muslim-Jamaat e.V. und DIE LINKE werden zukünftig zusammenarbeiten. Andere gesellschaftliche Fragen wie die Nutzung von Atom-Kraftwerken betreffen schließlich alle Menschen der Gesellschaft. Die Gemeinde und die Linke sind sich darüber einig, dass die Kraftwerke sofort abgeschaltet werden müssen.